

Prüfprotokoll und Beihilfevermerk

zur Sicherstellung der Einhaltung der einschlägigen beihilferechtlichen Bestimmungen
i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV
i.V.m. den De-minimis-Regeln –
Verordnungen (EU) Nr. 1407/2013 und Nr. 360/2012
sowie der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung –
Verordnung (EU) Nr. 651/2014

im Projekt

ABH015

**PlnG - Validierte Simulation von
Personenströmen und Infektionsrisiken
zur Gestaltung
sicherer Veranstaltungen und Räume**

Die Beihilfeprüfung für das oben genannte Vorhaben erfolgt nur bei den EU-Projektpartnern, denen eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Aussicht gestellt wird. Grundsätzlich nicht geprüft werden an dem Vorhaben beteiligte assoziierte Projektpartner sowie potentielle Projektpartner aus der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, da diese keine finanzielle Förderung aus dem EFRE erhalten. Für die Angabe der am Vorhaben beteiligten Partner ist der Projektantrag (im Jems) maßgeblich.

I. Basisdaten	
Projektnummer	ABH015
Projekttitel	PlnG
EU-Projektpartner	
Projektpartner 1	Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung Konstanz
Projektpartner 2	Fachhochschule Vorarlberg

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?		
1. Prüfung des Geltungsbereichs	Ja	Nein
Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im geografischen Geltungsbereich des Art. 107 AEUV (die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein sind außerhalb dieses Bereiches und unterliegen keiner Beihilfenprüfung).	X	
Zwischenergebnis (eine zu prüfende Beihilferelevanz läge nur bei den EU-Projektpartnern vor, die im Geltungsbereich des Art. 107 AEUV liegen)		
Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im (1.) Geltungsbereich des Art. 107 AEUV und werden somit im folgenden Schritt einer (2.) Prüfung der Tatbestandmerkmale unterzogen.		

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?

2. Prüfung der Tatbestandsmerkmale	Ja	Nein
(a) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten Güter oder Dienstleistungen auf einen bestimmten Markt an und sind somit wirtschaftlich tätig .		X
(b) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die Begünstigung einen wirtschaftlichen Vorteil dem keine angemessene marktgerechte Gegenleistung gegenübersteht und die sie unter normalen Marktbedingungen nicht bekämen.		X
(c) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine allgemeinen Maßnahmen an, sondern begünstigen selektiv nur bestimmte Unternehmen oder Wirtschaftszweige.		X
(d) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die Begünstigung einen finanziellen Vorteil, der potentiell zu einer Verfälschung des Wettbewerbs führt.		X
(e) Durch die Begünstigung der am Vorhaben beteiligten Projektpartner droht eine Beeinträchtigung im zwischenstaatlichen Handel .		X
Endergebnis (eine Beihilferelevanz läge nur bei den Projektpartnern vor, bei denen alle Tatbestandsmerkmale – (a) bis (e) – kumulativ erfüllt sind)		
Nach Prüfung der (2.) Tatbestandsmerkmale liegt bei den am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartnern gesamthaft keine Beihilferelevanz vor. Auf die Folgeprüfungen der (3.) Ausnahmetatbestände sowie (III.) Rechtfertigungs- und (IV.) Genehmigungsebene wird somit verzichtet. Die Beihilfeprüfung endet an diesem Punkt.		

Vermerk zur beihilferechtlichen Prüfung

Datum: 22.09.2023
Az.: RPTSGZ-4305-100
Bearbeiter/in: Tetzl

ABH015 – PInG

Ziel des Projektes ist die Entwicklung einer im Web frei verfügbaren Simulationssoftware zur Berechnung von Personenströmen bei Evakuierungen und im Normalbetrieb, die durch Koppung mit Messdaten als Instrument zur Personenlenkung genutzt werden kann. Die damit verbundene Ausbreitung von Infektionskrankheiten wird prognostiziert.

Im räumlichen Geltungsbereich des Artikels 107 AUEV haben die folgenden am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner ihren Sitz: Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung Konstanz (PP1) und Fachhochschule Vorarlberg (PP2).

Die oben genannten Projektpartner entfalten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine wirtschaftliche Tätigkeit bzw. werden im Zusammenhang mit dem Projekt nicht unternehmerisch tätig. In Einklang mit Artikel 107 AEUV Ziffer 17-20 haben die oben genannten, am Vorhaben beteiligten EU-Forschungseinrichtung bereits eine unterzeichnete Erklärung zur wirtschaftlichen Tätigkeit und Trennungsrechnung dem Gemeinsamen Sekretariat übermittelt, welche durch dieses geprüft und dokumentiert wurde. Eine Beihilfenrelevanz i.S.d. Art. 107 AEUV wird bei den beteiligten EU-Projektpartner PP1 und PP2 nicht gesehen.

gez. Tetzl

SGZ-1 m.d.B.u.K. und Zustimmung